



Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW

Rede

**des VBE-Landesvorsitzenden Udo Beckmann
zur Delegiertenversammlung des VBE
am 16.11.2012 in Dortmund**

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Gäste,

Sie sind heute mehrfach daran vorbeigegangen – und einige von Ihnen, das sehe ich von hier oben, halten es auf der Einladungskarte in den Händen: Unser diesjähriges Motto „Mehr Gerechtigkeit wagen“.

Dieses Motto gilt für uns im VBE in zweifacher Hinsicht: wir wollen mehr Bildungsgerechtigkeit – aber wir wollen auch mehr Gerechtigkeit für die Beschäftigten im Bildungssystem.

Ich will's mal direkt am Anfang klar stellen: Die Bildungswelt, in der wir leben, ist nicht per se ungerecht. Wir haben in den vergangenen Jahren schon einiges an Verbesserungen erreicht, um den Kindern mehr Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Trotzdem sind wir von tatsächlicher Bildungsgerechtigkeit für die Schülerinnen und Schüler und von Chancengleichheit für die Lehrkräfte unterschiedlicher Schulformen immer noch meilenweit entfernt.

Im Raum steht auch: Mehr Gerechtigkeit für die Kleinsten. Nun ja, die Politik will weg vom Bild des „Heimchens am Herd“, das sich um die Kinder kümmert, dem Mann den Braten auf den Tisch zaubert und dabei möglichst auch noch ganz entspannt wirkt. Soweit, so gut. Seit 2008 wissen die politisch Verantwortlichen: Schon ab dem nächsten Jahr, ab 2013, haben Eltern das Recht auf einen U3-Platz. Dass dieser nicht zum Nulltarif zu haben ist, hätte der Politik eigentlich von Anfang klar sein müssen, auch ohne Berechnungen der Uni Dortmund. Die hat nämlich einfach mal das getan, was eigentlich die Landesregierung hätte tun müssen: Die Uni Dortmund hat 1 und 1 zusammengezählt und festgestellt: Rund 6.700 Erzieherinnen und Erzieher werden zusätzlich gebraucht. Nun – es ist schon mehr als verwunderlich, dass die Politik so tut, als sei das Ganze vom Himmel gefallen. Und deswegen sage ich klipp und klar: Die Politik hat an dieser Stelle sträflich versagt. Es war Zeit genug, um eine vorausschauende Personalpolitik zu betreiben. Das, was wir jetzt erleben, ist armseliges Stückwerk. Und in Richtung der Landesregierung sage ich: Echte „Macher“ sehen anders aus!

Aber ich will Ihnen nicht pauschale Untätigkeit vorwerfen, nein – ich werfe Ihnen aber vor, dass Ihre Lösungsansätze nicht konstruktiv sind: Sie präsentieren uns ein lächerliches Allheilmittel: Die Rekrutierung von Arbeitslosen! Allen voran die schwer gebeutelten Schlecker-Frauen sollen zu Erzieherinnen ausgebildet werden – mal eben so per Crash-Kurs! Ich bitte Sie! Aus einem Mechaniker wird doch auch nicht plötzlich ein Herzchirurg (nur weil er mal eine Staffeln „Emergency Room“ oder „Schwarzwaldklinik“ gesehen hat) ! Wir werden nicht zulassen, dass die Politik die Zukunft dieser Kinder – besonders der kleinsten Kinder – verramscht! Kinder brauchen verlässliche Bezugspersonen, die ihr Handwerk verstehen und die nicht im Schnelldurchlauf ausgebildet werden. Sie brauchen Bezugspersonen, die diese Arbeit gerne machen, die sich dazu berufen fühlen, und die wissen, wie emotionale Bindungen aufgebaut und gefördert werden.

Um das klarzustellen: Wir haben nichts gegen Quereinsteiger – aber wir haben etwas gegen unausgegorene Schnellschüsse! Wir haben vor allem etwas dagegen, dass so getan wird, als könnte jeder mal eben so kleine Kinder erziehen. Und wir haben etwas dagegen, wenn Notlösungen immer mehr und mehr zur Regel werden. Wir im VBE bleiben dabei: Um Kindern die bestmöglichen Chancen auf eine erfolgreiche Bildungsbiographie zu eröffnen, brauchen wir die Besten! Und deswegen darf die Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher nicht nebenbei passieren. Sie gehört an die FH – mit entsprechenden Prüfungen, die anerkannt sind! Das ist der einzig richtige Weg. DAS ist der Weg, um endlich auch in NRW an europäische Standards anzuschließen.

Es geht hier um die kleinsten der Kleinen. Und deswegen wird es auch höchste Zeit, dass die Politik außerhalb von Sonntagsreden endlich erkennt: Hier wird der Grundstein für die Bildungsbiographie gelegt – und hier sind begangene Versäumnisse nicht wieder gut zu machen!

Frau Ministerin Schäfer scheint das noch nicht so ganz begriffen zu haben. Da sagte sie doch ernsthaft auf ihrer Pressekonferenz vor 2-ein-halb Monaten, man müsse die Rahmenbedingungen für die U3-Betreuung korrigieren... Soweit, so gut. Doch wer gedacht hatte, es ginge um eine Qualitäts-Steigerung, wurde schnell eines Besseren belehrt: Es ging ihr nicht um Qualität – sondern allein um Quantität! Die schlichte Formel von Frau Schäfer lautet: Mehr Kinder pro Gruppe – das heißt im Umkehrschluss auch: Weniger Platz pro Kind! Nein, Danke – bald hat jedes Huhn in Deutschland mehr Auslauf als unsere Kleinsten in der Kita!! Wobei: – das Wort „Käfighaltung“ soll ich ja gar nicht mehr sagen... Frau Schäfer hat nämlich bei mir angerufen und mit mir geschimpft Frau Schäfer hat gesagt, dass ich da vollkommen falsch läge! Sie sagte mir eindringlich: Natürlich ginge es doch vor ALLEM um eine Qualitätssteigerung, z.B. würde sie doch gerade für ein „Mehr“ an Erzieherinnen und Erzieher sorgen... doch das, und das muss ich so klar sagen: wird wieder wett gemacht durch die Reduzierung der Fläche, die pro Kind zur Verfügung stehen soll... SO untergräbt man vorhandene Gesetze!... oder – um im Bild zu bleiben: die bei Hühnern so forcierte Freilandhaltung ist bei den Kindern – zumindest in den politischen Entscheidungen – nicht erkennbar!... allenfalls eine verengte Bodenhaltung! Wer solche Veränderungen vorschlägt, hat keine Ahnung von den Entwicklungspotenzialen und -anforderungen kleiner Kinder! Ich bleibe dabei: Wer sowas vorschlägt, der missachtet das Kindeswohl – das ist skandalös! Ich frage mich an dieser Stelle auch: Wo ist eigentlich diese Präventionspolitik von Frau Kraft, die sie vor anderthalb Jahren noch in Bochum beschworen hat – oder gilt hier: Neue Wahl – neues Glück. Die eigentlich gute Absicht „Wir lassen kein Kind zurück“ ist angesichts der aktuellen Entwicklung im Kita-Bereich nicht mehr erkennbar! Gerechtigkeit sieht anders aus – und das wissen Sie auch sehr genau – denn Sie haben die aktuelle Entwicklung noch vor knapp 2 Wochen auf dem Präsentierteller bekommen, liebe Landesregierung. NRW ist – leider, wie ich sagen muss – wieder mal Schlusslicht, was den U3-Ausbau betrifft. Die Betreuungsquote liegt bei gerade mal 18 %!... Die Landesregierung muss sich doch fragen lassen: Warum kriegen das andere Länder besser hin als NRW? Ich sage es Ihnen: Sie haben den Anschluss einfach verpennt! Sie haben sich den U3-Ausbau auf die Fahnen geschrieben und dann diese Fahnen wieder zusammengerollt und im Landtags-Keller verstaubt... und Ihr Argument, das sei doch alles noch unter schwarz-gelb passiert, das zieht hier einfach nicht! Wenn Sie damals alle an EINEM Strang gezogen hätten, im Sinne der Kinder, dann würden wir in NRW jetzt nicht die rote Laterne tragen.

Wir wollen mehr Gerechtigkeit. Auch für die Kinder und die Kolleginnen und Kollegen in den Grundschulen.

Die Landesregierung hat unserer Expertise „Kurze Beine – kurze Wege“ viele Anregungen entnommen, um kleine Grundschulen wohnortnah zu erhalten. CDU, SPD und Grüne haben dazu so wie die Landesregierung einen gemeinsamen Antrag gestellt. In der Schule würde man bei einem solchen Vorgehen sagen: „Abgeschrieben – SECHS!“... aber in diesem Fall sage ich Ihnen: „Gut gemacht! Bis auf Kleinigkeiten sauber kopiert! – oder wie man so schön in Facebook-Zeiten sagt: „Gefällt mir“ Sie haben erkannt, dass es wichtig ist, die Kinder in den Grundschulen nicht schon mit langen Schulwegen zu behelligen. Sie haben erkannt,

dass kleine Klassen nicht unbedingt das AUS für eine Schule bedeuten müssen. Vielmehr sind der Erhalt von Grundschulen und kleine Klassen eine Bereicherung für alle Kinder und ein wichtiger sozialer und soziokultureller Aspekt. Und nicht zu vergessen: Kleine Schulen helfen auch dabei, Kinder Kind sein zu lassen – genügend Raum zu haben, um mit Freunden zu spielen und nicht einen Großteil ihres Tages mit der langen Fahrt im Auto oder im Bus zu verplempern.

Doch ich habe Sie, liebe Damen und Herren aus der Politik, jetzt genug gelobt – nicht, dass Sie sich noch dran gewöhnen.

Denn wer kleine Grundschulen erhalten will, muss auch für die richtige Infrastruktur sorgen!... Und da begrüßen wir ausdrücklich, liebe Frau Löhrmann, dass Sie dafür zusätzliche Stellen im Haushalt eingeplant haben.

Aber der VBE ist kein Freund von Zwischenlösungen – und er ist noch weniger ein Freund von Ausnahmeregelungen... Ich sag nur: Teilstandorte: Zu oft hat die Realität uns gezeigt: Die Bildung eines Teilstandorts ist eigentlich immer nur der erste Schritt auf dem Weg zur Schließung. Frau Ministerin Löhrmann, Sie haben vor gut zwei Monaten gesagt: Teilstandorte können sogar 46 Schüler haben – in Ausnahmefällen auch weniger. Frau Löhrmann – ich nehme Sie da beim Wort: ABER!!!... und hier kommt unsere klare Ansage: WENN schon Teilstandorte, dann müssen diese auch eine eigene Schulleitungspräsenz haben. Wenn Teilstandorte gebildet werden, dann muss es auch an JEDEM Standort zumindest einen Konrektor geben.... Sowohl Lehrerinnen und Lehrer als auch Eltern brauchen einen verbindlichen Ansprechpartner. Zumal stände es der Politik auch verdammt gut zu Gesicht, endlich auch in der Grundschule den 2. Konrektor zu ermöglichen. DAS wäre gerecht... Und: Es wäre auch ein Signal in Richtung Gleichbehandlung mit den Sek-I-Schulformen.

Gerechtigkeit ist aber auch immer ein Stück weit eine Medaille, die zwei Seiten hat: Auf der einen Seite stehen die Kinder: Sie haben das Recht, einen möglichst guten Bildungsabschluss zu erreichen, der ihnen einen optimalen Start in ihr Erwachsenen-Leben ermöglicht. Auf der anderen Seite der Medaille stehen die Lehrer, die einen Anspruch darauf haben, dass ihre Arbeit durch eine gerechte Bezahlung anerkannt wird. Ein Schulterklopper tut gut – und den tun Sie auch –, aber er zahlt nicht die Miete und füllt nicht den Kühlschrank.

Deswegen gehört zur Gerechtigkeit für uns auch unabdingbar die entsprechende Bezahlung. Unsere jungen Kollegen, die jetzt in den letzten Zügen ihres Studiums sind, schließen alle mit dem gleichen Abschluss ab: dem Master. Gleicher Abschluss – und trotzdem weiterhin ungleiche Bezahlung? Das ist mit uns NICHT zu machen! Das können Sie doch auch niemandem mit gesundem Menschenverstand verkaufen! Eine Eingruppierung in A13 bzw. EG13 – so wie sie jeder andere im öffentlichen Dienst mit universitärem Abschluss erhält – das muss auch für Lehrkräfte selbstverständlich sein, ganz gleich, an welcher Schulform sie unterrichten! DAS ist gerecht! Es gibt NICHT EIN schlagendes Argument für ungleiche Bezahlung! Das haben wir gutachterlich bewiesen. Deshalb, liebe Landesregierung: Wir erwarten, dass Sie sich in dieser Frage nicht wegducken, sondern klare Signale setzen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Gleiche Bezahlung für alle Lehrer an allen Schulformen und in allen Schulstufen.

Wir wollen mehr Gerechtigkeit! Das gilt auch für die Schulleiter. Was soll eigentlich so attraktiv daran sein, Leiter einer Grundschule zu werden? Es ist doch ein Witz, wenn man als Schulleiter die Schule leitet, eine Klasse führt, seine eigene Sekretärin ist und auch noch den Hausmeister ersetzt – und dafür bezahlt wird wie ein Gymnasiallehrer im Eingangsamt. Sie erwarten doch nicht ernsthaft, dass ein Grundschullehrer sagt: „Hey, das finde ich sinnvoll – ich werde Schulleiter, dann habe ich endlich viel Verantwortung für unverhältnismäßig wenig Geld.“ Anreize, um wirklich die Besten für diese Aufgabe zu bekommen, sehen anders aus! Erzählen Sie doch mal dem Manager einer großen Firma, was Schulleiter alles leisten, wieviel Verantwortung sie tragen... und lesen Sie ihm mal doch auch mal vor, was in den Beschreibungen des MSW steht, welche Handlungsfelder ein Schulleiter jeder Schule, jeder

Schulform zu leisten hat. Und dann sagen Sie diesem Manager mal, was ein Schulleiter einer Grundschule am Ende des Monats dafür auf dem Gehaltszettel stehen hat... wenn der mal nicht am Ende Ihrer Erzählung auf dem Boden liegt vor Lachen... Wir fordern nicht Unangemessenes, sondern wir erwarten eine aufgaben-adäquate Bezahlung! Nicht mehr – aber auch NICHT weniger!

Das gilt auch für den Bereich Schulleitung, vor allem an den Grundschulen. Ich empfinde es als Skandal, dass dieses Problem seit Jahrzehnten einfach ausgesessen wird. Die Anforderungen an die Schulleitung werden ständig hochgeschraubt – die Bezahlung hingegen bleibt auf einem niedrigen Niveau. Wer Qualität und Professionalität in den Schulen will, der muss sie gefälligst auch bezahlen. Und er muss die Leitungszeit zur Verfügung stellen. Nur dann können die gestellten Aufgaben bewältigt werden – und nur, wenn DIESE Voraussetzungen stimmen, werden wir auch WIRKLICH die Besten für diese Aufgabe bekommen.

Bildungs-Gerechtigkeit ist nämlich wie ein paar Schuhe: Nur, wenn beide Schuhe – die für Kinder und die für die Beschäftigten – gut passen, kann der Schulalltag gut laufen! Deshalb bedeutet Gerechtigkeit auch gleiche Beschäftigungsverhältnisse. Die Arbeit der Tarifbeschäftigten und der Verbeamteten ist gleich wertvoll und hochwertig – doch ihre Bezahlung und damit die Anerkennung ist es nicht. Deshalb ist es dringend nötig, alle Lehrer zu verbeamten und die willkürlich gesetzte Altersgrenze von 40 Jahren aufzuheben... Wir haben gute Gründe, dies zu fordern – das haben wir auch in dem Gutachten von Prof. Cremer Anfang des Jahre dargelegt: Lehrer führen – ebenso wie Polizei oder Richter – hoheitsrechtliche Aufgaben aus. Wir sorgen dafür, dass unsere Kinder ein Grundpaket mitbekommen, mit dem sie später als Erwachsene ein vollwertiges Leben in einer Gemeinschaft führen können. Wir sorgen dafür, dass sie ihre Grundrechte kennen und wissen, wie sie sie wahrnehmen können. Wir sorgen dafür, dass sich ihre Persönlichkeit entwickelt und sich ihre beruflichen Lebenschancen verbessern – zu behaupten, das sei nicht grundrechtswesentlich, wie die Juristen es so schön sagen, ist ein Schlag ins Gesicht für jede Lehrerin und jeden Lehrer.

Deshalb sagen wir klipp und klar: Lehrer sind grundsätzlich zu verbeamten!

Und hinzukommt: Diese Grundrechts-Wesentlichkeit hat auch noch einen anderen Aspekt: Wir haben hier in Deutschland eine Schulpflicht. Nicht auszudenken, was passiert, wenn wir hier französische Zustände bekommen. Jeder, der schon mal in Frankreich wegen eines Streiks festsaß, wird wissen, was ich meine: Wenn es dazu kommt, dass Lehrer jederzeit streiken dürfen, ist die Schulpflicht nicht einzuhalten – und ich bin sicher, in dem Fall wird der Aufschrei derjenigen, die jetzt strikt GEGEN die Verbeamtung sind, besonders groß sein. Das vom VBE in Auftrag gegebene Gutachten von Prof. Cremer hat Anfang des Jahres für ein geteiltes Medienecho gesorgt. Aber wir vom VBE haben keine Angst, auch mal heiße Eisen anzufassen. Und damit sind wir so erfolgreich, dass Sie sogar unsere guten Ideen kopieren...wie z.B. den Titel der Expertise „Kurze Beine – kurze Wege“ – ich sprach es ja grad schon an... auch bei der Sekundarschule ist das gut gelungen... Also – Sie dürfen sich unserer Expertisen gerne weiter bedienen – MEINEN Segen haben Sie!... Ich finde aber, bei den Themen Verbeamtung und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sind Sie irgendwie unnötig zurückhaltend. Ich fordere Sie daher hiermit ausdrücklich auf: Greifen Sie zu und schreiben Sie ab – und machen Sie aus dem Ganzen einen weiteren fraktionsübergreifenden Antrag. Sie können sicher sein: Wir werden das in der Presse äußerst wohlwollen begleiten. Wir im VBE haben uns lange für das längere gemeinsame Lernen eingesetzt – mit den Sekundarschulen hat die Landesregierung einen guten Schritt gemacht, der vieles aufgreift, was der VBE 2005 in seinem von Dr. Rösner entwickelten Rahmenkonzept vorgeschlagen hat. Aber im Moment sieht das Ganze an einigen Stellen doch noch eher halb-gar aus. Vom Ansatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sind wir noch meilenweit entfernt. Bei der Besetzung von Schulleitungsstellen an den Sekundarschulen haben Hauptschul-Kollegen nicht die besten Chancen. Die Dotierung der Schulleitungsmitglieder soll nun DOCH NICHT analog zur Gesamtschule sein. Und das ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar!

... und es ist ein Widerspruch zu den Erwartungen, die Sie bei der Einrichtung dieser Schulform geweckt haben.

Und dass Sie die Schulaufsicht bei der Gesamtschule angesiedelt haben, ist mir nach wie vor ein Dorn im Auge. Ich fordere Sie deshalb hier und heute ausdrücklich auf: Die Schulaufsicht in der Sekundarstufe I den Veränderungen in der Schullandschaft folgen zu lassen. Das bedeutet: Da vor allem Haupt- und Realschulen in der neuen Schulform aufgehen, ist es nur konsequent, die Verantwortung für diese beiden Schulformen plus Sekundarschule in EINE Hand zu legen.

Und machen Sie die Klassen kleiner!... nicht nur auf dem Papier, sondern auch in echt, wie man im Ruhrgebiet so schön sagt – in den Klassenzimmern. Die Sekundarschulen sind es, die DIE Schüler aufnehmen, die früher die Hauptschule genommen hat oder nehmen musste... Deshalb sind Klassen bis 30 Kinder absurd! Ich frage Sie: Warum ist denn etwas, was wir gemeinsam für die Gemeinschaftsschulen für gut befunden worden ist, auf einmal nicht mehr richtig? Klassen mit 30 Kindern in der Sekundarschule schaffen nicht mehr, sondern nur WENIGER Gerechtigkeit.

Die individuelle Förderung ist im Schulgesetz verankert – und das ist auch gut so! Wer aber dieses Recht so unmissverständlich ins Gesetz schreibt, der muss auch die Bedingungen dafür schaffen: Wir brauchen insgesamt kleinere Lerngruppen, damit Lehrerinnen und Lehrer auf die Stärken und Schwächen jedes einzelnen Kindes eingehen können – damit jedes Kind DIE Förderung und Zuwendung bekommt, die es braucht. Sie erinnern sich: „Kein Kind zurücklassen“ war das Motto der Landesregierung vor anderthalb Jahren... nun: bei 30 Kindern in einer Klasse bleibt nicht nur EIN Kind zurück – da bleiben möglicherweise ALLE ein Stück zurück – das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Das können wir uns aber nicht leisten! Wir brauchen Kinder, die in einem vereinigten Europa mitmischen können, wenn sie erst mal erwachsen sind. Wir brauchen Kinder, die konkurrenzfähig sind, damit sie selbst ein Leben voller Möglichkeiten führen können. Wir dürfen nicht zulassen, dass Kinder nur in der Kreisliga spielen können, weil Sie, liebe Landespolitiker, kein Geld für Bundesliga-Standards zur Verfügung stellen... Und was es bringt, Geld für eine Kinder- und Jugendförderung in die Hand zu nehmen, beweist ein Stück weiter der Fußball-Verein BVB, der seine Spieler in weiten Teilen aus den eigenen Reihen rekrutiert...

John F. Kennedy hat es auf den Punkt gebracht: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: Keine Bildung!“ – daher: Investieren Sie in die jungen Leute. Schaffen Sie die Grundlage für Gerechtigkeit, damit Sie in ein paar Jahren die Früchte ernten können – in Form von mündigen Bürgern! Wenn es um Bankenrettung geht, hat die Politik kein Problem damit, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Wenn es aber um die Bildung geht, duckt sie sich weg. Deshalb fordern wir die Parlamentarier hier und heute auf: Seien Sie auch unpopulär, wenn es um das Thema Bildung geht. Bilden Sie eine große Koalition gegen den Finanzminister über alle Fraktionen hinweg – zeigen Sie Rückgrat – zum Wohle der Kinder. Mehr Gerechtigkeit heißt auch: die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems – das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung! Schon ab dem nächsten Jahr haben Eltern behinderter Kinder den Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Regelschule. Das ist ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Anders sein muss endlich normal sein in dieser Gesellschaft. Unsere Gesellschaft lebt schließlich von den Unterschieden – und die müssen sich auch im Lebensumfeld „Schule“ widerspiegeln. Doch was kommt von der Politik? Ein Bericht zum Status Quo und die Sorge: Upps, wir haben ja gar nicht so viele Sonderpädagogen – ich bitte Sie – es ist hier ähnlich wie bei der U3-Betreuung: Die Inklusion ist doch nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Sie hat sich lange seit der Ratifizierung der UN-Konvention 2008 durch die Bundesrepublik angekündigt – aber trotzdem hat die Politik bezüglich der personellen Konsequenzen lieber einen auf „Vogel Strauß“ gemacht: Schön den Kopf in den Sand stecken. Wir haben immer wieder auf den erhöhten Personalbedarf hingewiesen und eine Ausweitung der Studienplätze für Sonderpädagogen gefordert. Nichts ist wirklich passiert... und jetzt haben wir den Salat!

Wir haben zu wenig Sonderpädagogen. Die, die wir haben, werden häufig aus funktionierenden Schulen, die inklusiv arbeiten, abgezogen, um die Vorreiterschulen aufzubauen. Wir haben nicht annähernd genügend Studierende an den Unis, um den Grundbedarf abzudecken, geschweige denn den Mehrbedarf. Aber nicht nur das: Wir haben nicht genügend Räume, um auch mal besonders schwierige Kinder aus dem inklusiven Unterricht rauszunehmen und den anderen Kindern die Ruhe zukommen zu lassen, die sie auch mal brauchen.... Die Schulen sind schlichtweg nicht vorbereitet. Und alles in die Verantwortung der Kommunen zu verlagern, kann nicht die Lösung sein. In einem Punkt bin ich allerdings bei Ihnen, Frau Löhrmann: Um solche Herausforderungen zu schultern, bedarf es einer Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern. Wir brauchen nicht weniger, sondern MEHR gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, um die Inklusion bestmöglich in den Schulen zu installieren.

Die Situation, die wir haben, lässt sich nicht schönreden. Das was jetzt in Sachen Inklusion passiert, geht zu Lasten der Kinder mit und ohne Behinderung und wird – das sage ich Ihnen schon heute ganz klar – auf unseren Widerstand stoßen. Inklusion darf weder auf dem Rücken der Kinder noch auf dem der Lehrer ausgetragen werden. Deshalb fordern wir Transparenz und einen klaren und verlässlichen Personalentwicklungsplan für die von Schließung betroffenen Förderschulen. Frau Löhrmann, im Ziel sind wir uns einig. Aber es ist die Aufgabe dieser Landesregierung, die notwendigen Bedingungen zu schaffen – damit mehr Gerechtigkeit bei den behinderten und nicht-behinderten Kindern ankommt. Skandalös ist aus Sicht des VBE die angeblich redaktionelle Bearbeitung der Rechtsverordnung zur Mindestgröße für Förderschulen. Bisher sollten Förderschulen im Bereich Lernen mit 72 Schülern fortgeführt werden können, wenn sie die letzte Schule am Ort sind. Diese Ausnahmeregelung wurde aber aufgehoben... das betrifft 2/3 dieser Schulen.

Liebe Frau Löhrmann, das lassen wir uns nicht als eine einfache „redaktionelle Bearbeitung“ verkaufen – das ist schlicht und ergreifend politisches Kalkül. Das ist nichts anderes als die kalte Schließung und knallharte Weg-Rationalisierung von Förderschulen. Die Qualitätseinbußen und die wachsenden Belastungen im Schulsystem führen aber nicht nur zu weniger Bildung – sie führen auch dazu, dass immer mehr Lehrerinnen und Lehrer frühzeitig ausgebrannt sind. Burnout ist längst kein Modewort mehr – Burnout ist ein schleichender Prozess, der auch an vielen unserer Kollegien nicht vorbeigeht. Das stellt man sich doch unweigerlich die Frage: „Wie viele Lehrer leiden an Burnout oder an Depressionen“ – das haben auch die Piraten in ihrer Kleinen Anfrage an die Landesregierung getan. Und was da an Antwort gekommen ist, muss bei den Lehrkräften wie Hohn in den Ohren klingen – ich zitiere aus der Antwort der Landesregierung: „Der Landesregierung liegen keine statistischen Angaben zu den Ursachen krankheitsbedingter Fehlzeiten von Beschäftigten vor.“... Aha! Der Arbeitgeber scheint offenbar kein Interesse daran zu haben, zu erfahren, wie viele der eigenen Leute ausfallen, weil sie einfach nicht mehr können.

Will man es nicht wissen, weil man nicht handeln will und weil es Geld kostet? Ja, wir haben einen Haushaltsansatz für Gesundheitsschutz. Aber was da zur Zeit an Gesundheitsschutz der Lehrkräfte stattfindet, ist allenfalls eine Alibi-Veranstaltung und hat mit Fürsorgepflicht nur sehr begrenzt zu tun. Es muss doch das vorrangige Interesse der Landesregierung als Arbeitgeber sein, diese Zahlen zu beschaffen und gleichzeitig Vorschläge zu unterbreiten, wie Burnout vorgebeugt werden kann. Burnout ist kein gebrochenes Bein, das zeitnah wieder heilt, wenn man es nur nicht belastet. Dass so mit der Gesundheit von Lehrern und der Prävention umgegangen wird, ist nicht im Sinne des Lehrers, das ist NICHT im Sinne der Schule, das ist NICHT im Sinne des Dienstherrn – und vor allem ist es NICHT im Sinne der Kinder!

Deshalb fordere ich die Landesregierung auf: Erheben Sie sorgfältig die Belastung und steuern Sie gegen. Das ist Ihre verdammte Pflicht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Gäste!

Wir wollen nicht nur Gerechtigkeit – wir wollen „Gerechtigkeit wagen“ – mit einem a und mit zweien. Wir wollen sie wagen – mit einem a –, weil wir uns trauen, über das bisher erreichte hinaus zu gehen. Wir wollen sie wagen, weil wir überzeugt sind, dass noch viel getan werden muss und dass uns Sonntags-Ansprachen nicht weiterbringen. Und – wir wollen sie waagen – mit 2 a – weil Gerechtigkeit auch immer was zu tun hat mit Ausgewogenheit, mit einem Sich-auf-Augenhöhe-begegnen. Wir wollen Kinder zu mündigen Bürgern erziehen und ihnen bestmögliche Chancen zur kulturellen und sozialen Teilhabe ermöglichen.

Wir wollen mehr Gerechtigkeit wagen – für Kinder – und für uns Lehrer – Hand in Hand! Der englische Sozialkritiker und Nobelpreisträger John Galsworthy hat einst gesagt: „Gerechtigkeit ist eine Maschine, die sich von selbst bewegt, sobald man sie einmal angestoßen hat.“ Liebe Frau Löhrmann – da bin ich angesichts meiner bisherigen Erfahrung mit Schul- und Bildungspolitik etwas skeptisch...deshalb seien Sie gewiss: Wir vom VBE werden nicht müde, Hand anzulegen, um die Maschine in Schwung zu halten!

Vielen Dank!